



DIE MACHT DES GELDES

„Versiegelte Flächen, Bauboom, Gewerbeflächen und Touristenattraktionen bei Umgehung von Umweltschutz, die Macht des Geldes und der Investoren, vollendete Tatsachen schaffen, der Glaube an Aufschwung und ewiges Wachstum, viele Versprechen der Politik, vorschnelle Entscheidungen „zugunsten von Arbeitsplätzen und Wohnraum“, angeblich immer alternativlos, mangelnde Bürgerbeteiligung, Entscheidungen an den Bürgern vorbei...“. All diese Stichworte enthält ein außerordentlich sehenswerter Film aus dem Jahr 1991 (!) über die Insel Rügen.

Nach über 25 Jahren scheint sich nicht viel geändert zu haben – und all die genannten Stichworte erinnern auch sehr an das Freiburg von heute. Aufmerksam wurden wir auf diesen Film übrigens durch die „BI Lebenswertes Göhren“, einer Bürgerinitiative auf Rügen (vgl. <https://www.facebook.com/BI-Lebenswertes-G%C3%B6hren-638811916269780/>).

Schönheit, Denkmal- oder Naturschutz – so mahnt Dieter Wieland, der Autor des Films – ist bei all diesen angeblich so unvermeidlichen Sachzwängen keine Kategorie die zählt. Und er mahnt: „Demokratie macht nur Sinn, wenn wir uns bemerkbar machen.“ Sich gegen diese angeblichen Sachzwänge zu

wehren, sie zu hinterfragen und die endgültige Zerstörung der Landschaft und der Städte zu verhindern, erfordert aber viel Energie, Unerschrockenheit und Ausdauer, wie der Dialog mit dem Rügener Umweltschützer, dem Pastor und CDU-Politiker Frieder Jelen, im Film zeigen.

Es lohnt sich, die Zeit von 45 Minuten zu investieren, um diesen Film von Dieter Wieland zu sehen. Denn er ist ein Musterbeispiel dafür, wie das große Geld die Politik und die Verwaltung in Geiselschaft nimmt, und Landschaften, Ortschaften, Städte und Denkmäler vereinnahmt und zerstört – im Osten, im Westen, in Rügen, in Freiburg und an vielen anderen Orten in Deutschland.

Siehe: <https://www.youtube.com/watch?v=wn6V61OambQ&fbclid=IwAR3dPY7fUC-CDic3ktNciVY14NkmTvmU5fhRzbbgx9JqbkRyJIC1RMWCzaGs>



Bauboom und Landverbrauch halten ungemindert an. Obwohl laut Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) teurer Neubau angesichts der

hohen Kosten kaum bezahlbaren Wohnraum ermöglicht.